



SEITE 2
Kopfpauschale ist unsozial

SEITE 3
Starke Betriebsräte sind in der Krise wichtiger denn je



SEITE 4/5
Im Interview: Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

SEITE 6
SPD fordert Verlängerung der Kurzarbeit



SEITE 7
Schwarz-Gelb gefährdet Jobs im Bereich Erneuerbare Energien

SEITE 8
Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit

GUTE ARBEIT

Mehr Geld für Städte und Gemeinden

SPD fordert vier Milliarden Euro gegen die Pleite

Ausgabe 1/2010

Angesichts der zu erwartenden Rekorddefizite in den kommunalen Haushalten fordert die SPD-Bundestagsfraktion einen „Rettungsschirm für Kommunen“. „Jetzt darf keine Zeit mehr mit taktischen Spielchen verschwendet werden. Wir müssen helfen und handeln“, fordert die SPD-Fraktion. Die Städte und Gemeinden schlagen Alarm. Sie erwarten angesichts der massiv wachsenden Steuereinnahmen durch die Finanzkrise ein Rekordminus von 12 Milliarden Euro. Die Präsidentin des Deutschen Städtetags und Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) spricht von einem „Problem, das eine gewaltige Sprengkraft birgt“.

Während die FDP weiterhin eine „vorurteilsfreie Reform der kommunalen Finanzen“ und einen „echten Wettbewerb zwischen den Gemeinden“ fordert, will die SPD-Bundestagsfraktion einen kommunalen Rettungsschirm: vier Milliarden Euro gegen die Notlage.

Nach einem Treffen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier mit Vertretern der Städte und Gemeinden ist das Fazit eindeutig: „Wenn keine Abhilfe kommt, dann werden die Pfeiler, die die Qualität



des Zusammenlebens von 82 Millionen Menschen in Deutschland ausmachen, zusammenstürzen.“ Stephan Weil, Hannovers Oberbürgermeister und amtierender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, unterstützt den Kurs

der SPD-Bundestagsfraktion nachdrücklich: „Ich appelliere an CDU, CSU und FDP: Lassen Sie die Kommunen nicht im Regen stehen, nehmen Sie die Hilferufe ernst und greifen Sie die Vorschläge der SPD auf.“ ■

Mehr zum Thema: Seite 6

Bald auf dem Trockenen? Schwarz-Gelb dreht den Kommunen finanziell das Wasser ab – die SPD-Bundestagsfraktion will mit dem kommunalen Rettungsschirm gegensteuern.

Zukunft der Arbeit: Jetzt Weichen stellen

Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird sich in diesem Jahr verstärkt auf den Arbeitsmarkt auswirken. Vorrangig muss deshalb jetzt sein, Beschäftigung zu sichern. Gleichzeitig müssen aber auch gerade jetzt die Weichen dafür gestellt werden, dass sich eine solche Krise nicht wiederholen kann. Die SPD-Bundestagsfraktion will

die Arbeitsgesellschaft in Deutschland zukunftsfest machen. Dazu hat sie unter dem Titel „Die Spaltung bekämpfen: Wachstum, Arbeit, Teilhabe“ ein Positionspapier vorgelegt und wird ein umfassendes Konzept für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des neuen Jahrzehnts entwickeln. ■

Mehr: Seite 3

Schwarz-Gelb gefährdet das Bürgerwohl

Die Kommunen haben viele Aufgaben:

- wirtschaftliche: Gewerbeansiedlung, Verkehrswege, ÖPNV, Energie- und Wasserversorgung, Märkte, Messen
- kulturelle: Kitas und Horte,

Schulträgerschaft, Musik- und Volkshochschulen, Bibliotheken, Museen, Theater, Sportstätten

- soziale: Armenfürsorge, Altenpflege, Krankenhäuser, Suchtberatung

Aufgespießt

Die Bedürfnisse ihrer eigenen Klientel kennt die FDP bestens, wie sie mit den Steuergeschenken an Hoteliers bewiesen hat. Die Wirklichkeit von Arbeitslosengeld-II-Empfängern weniger. Allerdings gibt es auch dazu einige selbsternannte Experten. Etwa den FDP-Bundestagsabgeordneten Martin Lindner. Für Zusatzleistungen bei Hartz IV hat er kein Verständnis: Es sei ungerecht, wenn ALG-II-Bezieher günstige Restkarten für Sportveranstaltungen bekämen. „**Der, der arbeitet, muss sich für 20 Euro eine Karte kaufen – 3. Rang, letzte Reihe. Der andere (ALG-II-Bezieher, Anm. der Red.) kriegt für 3 Euro 2. Reihe, Mitte.**“

(Martin Lindner, 11.2.2010)

Wir meinen: Was man aus der VIP-Lounge so alles mitbekommt...

Wohl eher wenig über die Realität von Arbeitslosen. Sonst wäre der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle nach einem Treffen mit Hartz-IV-Empfängern nicht so verwundert gewesen: „**Als ich gesagt habe, dass jemand auch guten Willen zeigen muss für die Gesellschaft, wenn er etwas von der Gesellschaft an Mitteln bekommt, haben alle zugestimmt. Das zeigt, dass die Menschen sehr wohl bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Entgegen dem, was hier in der Berliner Käseglocke oft genug geredet wird.**“

(Guido Westerwelle, 23.2.2010)

Fragt sich nur, wer da ganz allein unter der Käseglocke sitzt.

Gesellschaft könnte ihm CSU-Generalsekretär **Alexander Dobrindt** leisten. Der forderte jüngst in der Passauer Neuen Presse „**strikte und unauweiche Sanktionen**“ gegen „**Arbeitsverweigerer**“ (22.2.2010).

Mit der Wirklichkeit hat das wenig zu tun: Gerade mal 2,5 Prozent aller ALG-II-Bezieher wurden z.B. im Oktober 2009 mit Sanktionen belegt, nur ein Bruchteil davon (2 Prozent) betraf die Ablehnung eines sozialversicherten Jobs. Der Stammtisch lässt grüßen...



Wer soll das bezahlen? Die Kopfpauschale ist sozial ungerecht, der angestrebte Sozialausgleich nicht finanzierbar.

Kopfpauschale ist unsozial

Arbeitgeber dürfen nicht aus der Verantwortung für steigende Gesundheitskosten entlassen werden.

Acht Euro sollen gesetzlich Krankenversicherte monatlich mindestens künftig mehr zahlen – unabhängig davon, wie hoch ihr Einkommen ist. Die Möglichkeit, Zusatzbeiträge zu erheben, hatte die Union in der Gesundheitsreform der Großen Ko-

alition durchgesetzt. Die SPD konnte lediglich erreichen, dass die Zusatzbeiträge nicht ins Uferlose steigen. So dürfen sie ein Prozent des Einkommens der Versicherten nicht überschreiten.

Für die SPD-Bundestagsfraktion sind die Zusatzbeiträge der Vorgeschmack

Sozialpolitik nach Kassenlage

Die Zahlungen für 6,7 Millionen Menschen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II) sind verfassungswidrig, sagt das Bundesverfassungsgericht. Jetzt muss der Gesetzgeber die Regelsätze bis Ende 2010 neu berechnen. Dem Gericht ging es nicht in erster Linie um die Höhe der Leistungen, sondern um die Berechnung. Vor allem der Satz für Kinder sei „ins Blaue hinein“ ermittelt worden. Bisher nicht berücksichtigt wurden auch Ausgaben für Bildung. Ein Existenzminimum umfasse neben der „physischen Existenz“ auch ein „Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“, so das Gericht.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat das BVG-Urteil begrüßt. „Kinder sind nicht einfach kleine Erwachsene“, betont Anette Kramme, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im November 2009 eigenständige, bedarfsgerechte Kinderregelsätze gefordert und schon in der Großen

Koalition u.a. das „Schulpaket“ für Kinder in der Grundsicherung durchgesetzt.

Kinder- und Familienarmut erfordert ein ganzes Bündel an Maßnahmen. „Eltern brauchen eine existenzsichernde Arbeit und ausreichende Betreuungsangebote in Krippen, Kitas und Schulen. Kinder brauchen den Zugang zu guter Bildung und zu Gesundheitsleistungen“, so Caren Marks, familien- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion.

Die Richter ordneten auch an, dass ALG-II-Berechtigte ab sofort in Ausnahmefällen Zusatzleistungen erhalten müssen. Das gilt etwa bei Krankheiten, für die Kranken- und Sozialkassen keine Kosten übernehmen. Die Bundesregierung wird diese Vorgabe halbherzig umsetzen, befürchtet Kramme: „Einige wenige Fälle, in denen Härtefall-Leistungen eventuell möglich sind, werden einer ganzen Reihe von Lebenssituationen gegenübergestellt, wo diese weiter ausgeschlossen bleiben. Das ist ganz offensichtlich Sozialpolitik nach Kassenlage.“ ■

auf die Kopfpauschale von Union und FDP. Schwarz-Gelb will die bislang paritätisch finanzierte Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) radikal umbauen. Der Arbeitgeberanteil soll eingefroren werden, steigende Kosten sollen allein zu Lasten der Versicherten und Patienten gehen. Zudem will Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) eine einkommensunabhängige Beitragspauschale einführen. Die Kopfpauschale gilt dann für den Bankdirektor genauso wie für den Pförtner. Für Geringverdiener ist zwar ein Sozialausgleich aus Steuermitteln geplant, dessen Finanzierung ist aber völlig unklar. „Rösler versucht, mit der irrwitzigen Behauptung, eine Kopfprämie mit Sozialausgleich sei gerechter als ein einkommensabhängiger Beitrag, die Menschen für dumm zu verkaufen“, kommentiert die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Elke Ferner. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt weiterhin auf die solidarische Bürgerversicherung.

Im Übrigen fordert sie, die Zusatzbeiträge abzuschaffen. Schließlich gibt es andere Möglichkeiten, Kosten einzusparen – doch die schwarz-gelbe Klientelpolitik steht dem entgegen. „Wenn man jetzt konsequent bei den Apotheken sparen und die überflüssigen Gewinne abziehen würde, dann ließe sich damit mindestens eine Milliarde Euro sparen“, rechnet der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Karl Lauterbach vor. ■

Mehr zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Job-Center: Von der Leyen gescheitert

Die SPD will weiterhin über die Zukunft der Job-Center konstruktiv verhandeln. Das haben der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier und der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck gegenüber Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) erklärt und gleichzeitig Bedingungen genannt. So soll nach dem Willen der SPD kein Personal abgebaut werden.

Zuvor war die Ministerin in der Koalition mit ihrem Vorschlag gescheitert, die gemeinsame Betreuung von Langzeitarbeitslosen durch Bund, Städte und Gemeinden wieder aufzugeben. Hintergrund ist, dass das Bundesverfassungsgericht diese Zusammenarbeit für verfassungswidrig hält. Die SPD will die Modelle durch eine Grundgesetzänderung erhalten. Dazu hat die Bundestagsfraktion im Dezember 2009 zwei Gesetzesentwürfe eingebracht, die auf dem noch von SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz ausgehandelten Vorschlag zur Zukunft der Job-Center basieren. Zur Erinnerung: Dem hatten u.a. alle 16 Ministerpräsidenten zugestimmt. ■

Betriebsratswahlen 2010

Grundrecht auf Mitbestimmung nutzen



// Vom 1. März bis zum 31. Mai finden die turnusmäßigen Betriebsratswahlen

statt. Anette Kramme, Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, beschreibt, weshalb gerade in der Krise starke Betriebsräte wichtig sind. //

Angesichts der anhaltenden Krise kommt den Betriebsratswahlen 2010 eine besondere Bedeutung zu. In den letzten Monaten haben Betriebsräte bewiesen, dass das deutsche Modell der Mitbestimmung und Beteiligung Beschäftigung sichert und ein enormer Standortvorteil für unser Land ist. Betriebsräte sorgen dafür, dass die Interessen der Beschäftigten nicht einfach Profitinteressen geopfert werden. Das ist angesichts der aktuellen Politik von Schwarz-Gelb, die auf eine Entsolidarisierung und Spaltung des Landes zielt, wichtiger denn je.

Mitbestimmung ist ein Kernelement gesellschaftlicher Teilhabe. Sie

sichert sozialen Frieden und ökonomischen Fortschritt. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit ihrer Reform der Betriebsverfassung 2001 die Grundlagen dafür geschaffen, dass Betriebsräte auch in der Arbeitswelt von morgen mit konkreten Mitbestimmungsrechten durchsetzungsfähig bleiben. Wir haben etwa mit dem vereinfachten Wahlverfahren für kleinere Betriebe Hürden für die Neugründung von Betriebsräten abgebaut.

Alle Beschäftigten sollten ihr Grundrecht auf betriebliche Mitbestimmung nutzen. Je höher die Wahlbeteiligung ist, umso stärker sind auch die Betriebsräte. Obwohl sich die betriebli-

che Mitbestimmung bewährt hat, versuchen aber immer noch einige Arbeitgeber, die Wahl von Betriebsräten zu behindern. Die Beschäftigten dürfen sich in der betrieblichen Mitbestimmung nicht das Heft aus der Hand nehmen lassen. Und sie sollten wissen, dass sie unsere volle Unterstützung haben.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird weiterhin dafür kämpfen, dass die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesichert und ausgebaut werden. Wir wollen, dass Betriebsräte auf gleicher Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln können. ■



Unter dem Motto „Betriebsräte machen den Unterschied“ mobilisieren die DGB-Gewerkschaften zu den Betriebsratswahlen 2010: www.mitbestimmt.de

Neue Arbeit schaffen

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt der Konzeptlosigkeit von Schwarz-Gelb ein eigenes Programm für die Arbeitsgesellschaft von morgen entgegen.

Gemeinsam mit Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft will die SPD-Bundestagsfraktion in den kommenden Monaten ein umfassendes Konzept für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des neuen Jahrzehnts entwickeln. Einen ersten Aufschlag dazu hat die SPD-Fraktion auf ihrer Klausur im Januar gemacht und dazu ein Positionspapier veröffentlicht. Seine Kernaussage: Nachhaltiges Wachstum und neue Arbeit müssen mit Teilhabe, Bildung und Integration verbunden werden.

„Die Menschen in Deutschland sollen auch in Zukunft von ihrer Arbeit leben können“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier. Für zukunftsfähige neue Arbeitsplätze

müssen die Weichen richtig gestellt werden, heißt es in dem Papier. Nachhaltiges Wachstum braucht einen Kern aus ökologisch innovativer Produktion. Auch der Bereich Gesundheit und Pflege wird als wichtiger Beschäftigungsmotor gewertet.

Erforderlich sei eine gerechtere Verteilung von Einkommen, die den privaten Konsum und damit die Wirtschaft stärke. Dazu ist eine aktive Beschäftigungspolitik notwendig. Es muss Schluss sein mit Billigjobs, die zu Lasten der Steuerzahler und der fairen Unternehmen gehen. Deshalb bleiben Mindestlöhne ganz oben auf der Agenda der SPD-Bundestagsfraktion. Zudem müsse der Missbrauch von Leiharbeit unterbunden werden. ■

SCHUTZ VOR BAGATELLKÜNDIGUNGEN

Ein entwendetes belegtes Brötchen oder der Verzehr von ein paar Maultaschen, die im Müll gelandet wären, können ausreichend Grund sein, auch langjährige Beschäftigte zu kündigen. Kündigungen wegen geringfügiger Vermögensdelikte stehen seit langem in der Kritik. Die SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Beschäftigte vor so genannten Bagatellkündigungen besser schützen soll. Eine Kündigung sei immer das letzte Mittel, stellt die arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme klar: „Unsere Gesetzesinitiative soll eine unverhältnismäßige Bestrafung häufig langjährig beanstandungslos tätiger Arbeitnehmer verhindern.“ ■

Mehr zu den Themen:

www.spdfraktion.de

Auf den Punkt: Klientel und Chaos



Von Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Dass es so schlimm werden würde, hat niemand erwartet: Auf den Fehlstart der neuen Bundesregierung folgte ungenierte Klientelpolitik mit Steuersenkungen für Hotelketten und Unternehmenserben. Dabei ertappt, flüchtet sich der Vizekanzler in Rechtspopulismus und hetzt gegen Arbeitsuchende. Das alles inmitten einer schweren Wirtschaftskrise, die eine handlungsfähige Regierung und entschiedenes Vorgehen auf den Weltfinanzmärkten und auch in Griechenland verlangen würde. Wir Sozialdemokraten sind diejenigen, die das Gesamtwohl im Auge behalten. Wir sind Opposition, wo es notwendig ist: Die unsozialen Steuersenkungen, eine unsolidarische Kopfpauschale und den Ausstieg aus dem Atomausstieg werden wir inner- und außerhalb des Parlamentes bekämpfen.

Wir sind aber auch bereit, Verantwortung zu übernehmen: Wir sind stolz darauf, dass die Bundesregierung unseren Ansatz für eine neue Strategie in Afghanistan übernommen hat und die Perspektiven eines Abzugs aus Afghanistan endlich sichtbar sind. Und wir sind im Interesse der Menschen auch bereit an der lange überfälligen Grundgesetzänderung zur Sicherung der Jobcenter mitzuwirken.

Der entscheidende nächste Schritt ist jetzt die Wahl in NRW am 9. Mai 2010. Diese Wahl ist nicht nur eine Abstimmung über Jürgen Rüttgers, der schamlos sein Staatsamt an Lobbyisten verkauft hat. Diese Wahl ist auch die Abstimmung darüber, ob wir die Kopfpauschale stoppen, die Steuersenkungen verhindern und den Atomausstieg sichern können. ■



»Schwarz-Gelb macht Deutschland zur Bananenrepublik«

Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, spricht im Interview über seine neue Rolle als Oppositionsführer, schwarz-gelbe Klientelpolitik und das politische Konzept der SPD-Bundestagsfraktion für die kommenden Jahre.

Nach vielen Jahren in der Regierungsverantwortung führt die SPD nun die Opposition an. Seid ihr in der neuen Rolle angekommen?

Natürlich bin ich im Wahlkampf nicht angetreten, um Oppositionsführer zu werden. Aber ich glaube, kaum jemand hat erwartet, dass wir so schnell den Hebel umlegen. Die ersten Monate Schwarz-Gelb zeigen doch, dass wir in der Opposition eine deutlich bessere Figur machen als Union und FDP in der Regierungsverantwortung. Sie haben mehr als ausreichend Anlass gegeben, um im Kreuzfeuer der Medien zu stehen. Und wir haben sie nicht geschont. Klar ist aber auch, dass wir Aufbauarbeit zu leisten haben. Wir müssen Partei und Fraktion neu aufstellen und neues Selbstbewusstsein gewinnen. Das ist uns in der Fraktion gelungen. Unsere 146 Abgeordneten ergehen sich nicht in Larmoyanz, sondern arbeiten hart an der politischen Sache. Unser Ziel ist es, alles dafür zu tun, um im nächsten Wahlkampf wieder vorn zu sein.

Macht es der Fehlstart von Schwarz-Gelb leicht, gute Oppositionsarbeit zu machen?

Diese Regierung ist von Beginn an eine Katastrophe. Es zeigt sich, dass der Wille zur Macht allein nicht als politisches Projekt taugt. Mich hat nicht erstaunt, dass die ersten 100 Tage Schwarz-Gelb vor allem mit Krisensitzungen glänzten. Schon jetzt macht das Kabinett auch in den persönlichen Beziehungen einen durch und durch ramponierten Eindruck. Aus dem schwarz-gelben Liebespaar ist schnell eine Ehe in Zerrüttung geworden. Nur noch die Angst vor den Scheidungskosten hält dieses Paar beisammen.

Einer der ersten Fehlritte der neuen Regierung sind die Steuergeschenke, die FDP und Union an Hoteliers verteilt haben. Wie viel Bimbos steckt in der Neuauflage von Schwarz-Gelb?

Die Wähler erfahren nun leider bitterlich, dass unsere Vorhersagen voll zu treffen. Diese Regierung hat nicht das

Gemeinwohl im Auge, sondern bedient vor allem ihre Klientel. Dass es so dreist zugeht, hätten wir allerdings nicht vermutet. So beschleunigt das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz nur das Schuldenwachstum und bedient auf dreiste Weise vor allem die Spender der FDP wie zum Beispiel Hoteliers.



»Die SPD ist bereit, Verantwortung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu übernehmen.«

Die FDP hat damit im ersten Gesetzgebungsverfahren alle Vorurteile bestätigt, die wir noch aus den 1990er Jahren haben. Schon jetzt nehmen Lobby- und Klientelgruppen denselben Einfluss wie in den letzten Jahren der Kohl-Regierung. Das lässt Schlimmstes erwarten für die Jahre, die mit dieser Regierung noch vor uns liegen. Schwarz-Gelb macht Deutschland zur Bananenrepublik.

Dabei sollte die Bewältigung der Krise im Mittelpunkt stehen.

Während die Große Koalition vieles auf den Weg gebracht hat, scheint von der jetzigen Regierung nicht viel zu kommen.

Wir sind in der tiefsten Krise der Nachkriegszeit. In den Sonntagsreden der Kanzlerin kommt das auch vor, aber sie tut nichts. Sie profitiert von dem, was wir Sozialdemokraten initiiert haben – zum einen von den Reformen auf dem Arbeitsmarkt, zum anderen von den durch uns durchgesetzten Instrumenten gegen die Wirtschaftskrise: den Konjunkturpaketen, den Investitionen für Städte und Gemeinden, der Verlängerung der Kurzarbeit. Ohne Sozialdemokraten in der Regierung fehlt jede Initiative dafür, etwas für den Erhalt von Arbeitsplätzen und für das Wohlergehen der Mehrheit der Menschen zu tun. Von dieser Regierung kommt günstigstenfalls nichts.

Was setzt die SPD-Bundestagsfraktion dem entgegen?

Dringend notwendig ist ein Perspektivwechsel. Das Allgemeinwohl und nicht die Interessen Einzelner müssen im Mittelpunkt der Politik stehen. Die Menschen müssen vor den Auswirkungen der Krise geschützt werden. Die SPD hat gezeigt, dass sie bereit ist, die Verantwortung im Kampf gegen wachsende Arbeitslosigkeit zu übernehmen. Wir waren dabei erfolgreicher als unsere europäischen Nachbarn. Eine SPD in der Regierung käme nicht auf die Idee, Städten und Gemeinden, die im letzten Jahr einen Einnahmeausfall von 4,9 Milliarden Euro hatten und in diesem Jahr voraussichtlich von 12 Milliarden haben, aus purer Ideologie Gelder zu

entziehen, weil Steuersenkungen im Regierungsprogramm der FDP stehen. Das ist die falsche Richtung. Diese Politik wird die kommunalen Finanzen in den Ruin treiben.

Die Regierung muss jetzt die Politik für das kommende Jahrzehnt entwerfen. Es reicht nicht, Gesetze aus veralteten Parteitageprogrammen abzuschreiben. Die Regierung ist gehalten, sich

„In der Regierung fehlt jede Initiative dafür, etwas für den Erhalt von Arbeitsplätzen und für das Wohlergehen der Mehrheit der Menschen zu tun.“

Frank-Walter Steinmeier

mit der Realität auseinanderzusetzen. Wir müssen jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass unsere Gesellschaft auch im nächsten Jahrzehnt eine Arbeitsgesellschaft bleibt. Die Mehrzahl der Menschen muss in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu bestreiten. Jetzt müssen die Weichen für die Arbeitsplätze von morgen gestellt werden. Und wir müssen die Menschen dafür qualifizieren, solche Arbeitsplätze auch zu besetzen – ein Aufbruch in der Bildungspolitik ist dringend erforderlich.

Die SPD-Bundestagsfraktion geht auf all diese Fragen in ihrem Positionspapier zur künftigen Arbeitsgesellschaft ein. Was sind die Kernaussagen?

Das Papier knüpft an das Konzept an, das ich im letzten Jahr unter dem Titel „Deutschlandplan“ vorgelegt habe. Das ist vor allem ein Plan für neue, gute Arbeit in diesem Lande. Zentrales Thema unserer Fraktionsarbeit wird sein, da-

raus die richtigen Schlüsse vor allem für die Arbeitsmarktpolitik zu ziehen. Wir müssen sicherstellen, dass die Menschen von ihrem Lohn leben können. Es geht gegen die ethischen Grundlagen unserer Gesellschaft, wenn Menschen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, sich und ihre Familien von ihrem Einkommen nicht vernünftig ernähren können. Die Forderung nach einem Mindestlohn bleibt deshalb auf der Tagesordnung. Wir werden dafür streiten – im Bündnis mit den Gewerkschaften und mit hoffentlich vielen anderen.

Verstärkt die SPD wieder den Dialog und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften?

Wir hatten schwierige Jahre, aber der Gesprächsfaden ist nie abgerissen. In den letzten zwei Jahren hat sich der Dialog mit den Gewerkschaften wieder deutlich verbessert. Was nicht heißt, dass wir in jedem Punkt einer Meinung sind. Aber in den wirklich wichtigen Fragen ziehen wir wieder an einem Strang.

Die SPD hat in ihrer Klausur im Januar betont, dass Korrekturen an den Arbeitsmarktreformen notwendig sind. Wo müsste nachgebessert werden?

Vieles davon haben wir bereits in unserem Wahlprogramm aufgeschrieben. Es ist Aufgabe der Politik, zu überprüfen, ob politische Entscheidungen unbeabsichtigte, schädliche Folgen haben. So haben wir uns beispielsweise in der Großen Koalition dafür stark gemacht, mit Kinderzuschlag, Schulstärkerpaket und Anhebung der Regelsätze für die 6- bis 13-Jährigen die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit von Eltern auf ihre Kinder zu mildern.

2003 wollten wir neue Möglichkeiten schaffen, durch neue flexiblere Arbeitsformen mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Der Weg war richtig, heute wissen wir aber, dass beispielsweise die Änderungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz auch den verstärkten Missbrauch von Leiharbeit ermöglichen haben. Deshalb brauchen wir nicht nur Mindestlöhne in der Leiharbeit, wir müssen Leiharbeit auch in ihrem Umfang einschränken. Es muss

verhindert werden, dass immer mehr Stammebelegschaften durch billigere Leiharbeitskräfte ersetzt werden.

Zudem müssen wir den Übergang von der aktiven Arbeit in den Ruhestand flexibler gestalten. Dazu gehört die Verlängerung der Altersteilzeit – auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, die Einführung der Teilrente ab dem 60. Lebensjahr und eine neue Erwerbsminderungsrente, die berücksichtigt, dass manche aus gesundheitlichen Gründen kaum bis zum 67. Lebensjahr arbeiten können.

In der Krankenversicherung soll die Kopfpauschale kommen. Was setzt die SPD dagegen?

Die Kopfpauschale ist nicht nur unsozial, sie ist auch nicht zu finanzieren. Gesundheitsminister Rösler will sozialen Härten durch einen so genannten Sozialausgleich begegnen. Die Experten aus Schäubles Finanzministerium haben in der Antwort auf eine parlamen-

weiter. Der erste Schritt war das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge, der zweite die Zusatzbeiträge, der dritte Schritt wird die Kopfpauschale sein – und an dieser Kröte wird sich die Bundesregierung verschlucken.

Für die SPD ist das Leitbild weiterhin die Bürgerversicherung?

Ja. Politische Konzepte bleiben richtig, selbst wenn man die notwendigen Mehrheiten im Parlament nicht hat. Das gerechteste Gesundheitssystem ist eines, das von allen finanziert wird – darum bleibt die Bürgerversicherung der richtige Weg.

In den letzten Jahren warst Du als Außenminister Deutschlands oberster Diplomat. Wie wichtig ist Diplomatie für die Arbeit eines Fraktionsvorsitzenden?

Ich bin ja nicht als Diplomat geboren. Ich war 50 Jahre alt, als ich Außenminister wurde. Ich war froh, als ich merkte, dass ich auch das kann. Aber ich ha-



»Man muss die Stimmlage modifizieren können und gelegentlich überraschen.«

tarische Anfrage dessen Absurdität bestätigt. Nach ihren Berechnungen müsste dafür der Spitzensteuersatz auf 73 oder gar 100 Prozent angehoben werden.

Der Kurs von Schwarz-Gelb in der Gesundheitspolitik zielt auf ganzer Linie in Richtung Entsolidarisierung. Dabei hat uns gerade unser solidarisch finanziertes Gesundheitssystem stark gemacht und für hohe Standards gesorgt. Davon entfernen wir uns immer

be ein breites Spektrum von Äußerungsmöglichkeiten, und das zeige ich im Parlament. Da wo wir Verantwortung mittragen aus der Regierungszeit, wie beim Thema Afghanistan, bringen wir es zum Ausdruck. Da wo die aktuelle Regierungspolitik härteste Kritik verdient, äußern wir sie deutlich. Der Schreihaas hat schnell ausgedient, dem hört keiner mehr zu. Man muss die Stimmlage modifizieren können und gelegentlich überraschen. ■

Bundeshaushalt 2010: „Politisches Totalversagen“

Der erste von Schwarz-Gelb vorgelegte Bundeshaushalt lässt den Schuldenberg des Gesamtstaates um 146 Milliarden Euro wachsen. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist das nur ein Beleg von vielen, dass die ersten 100 Tage der neuen Regierung „nicht nur ein Fehlstart“, sondern „politisches Totalversagen“ seien, erklärte Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, in der Generaldebatte zum Haushaltsentwurf 2010. Noch nie

in der Nachkriegsgeschichte habe sich eine Bundesregierung so offensichtlich in den Dienst von Lobbyisten gestellt. Es sei „schlimm, dass innerhalb von wenigen Tagen an vielen Stellen Cheflobbyisten aus deutschen Verbänden und Unternehmen in Spitzenpositionen der Ministerien“ gerückt seien. „Sind wir zurück in der Bimbiesrepublik?“, fragte Steinmeier in Anspielung auf einen von Helmut Kohl während des Spenden-skandals der Union Mitte der 1990er

Jahre geprägten Begriff. Im Zusammenhang mit den üppigen Hotel-Spenden an FDP und CSU fordert der SPD-Fraktionsvorsitzende, das Geld zurückzahlen, um den Verdacht der Käuflichkeit zu entkräften. Außerdem müsse die Bundesregierung das konjunkturell wirkungslose Steuergeschenk an Hotelbetreiber wieder rückgängig machen. Der schwarz-gelbe Bundeshaushalt für 2010 sieht Ausgaben in Höhe von 325,4 Milliarden Euro und Steuer- und sonsti-

ge Einnahmen von 239 Milliarden Euro vor. Die Neuverschuldung steigt damit auf 86 Milliarden Euro. Hinzu kommen weitere 14,5 Milliarden Euro für die Sondervermögen des Bundes aus der Bankenrettung und dem Konjunkturprogramm. Das zusätzliche Defizit der Länder beträgt 34 Milliarden Euro, das der Gemeinden rund 12 Milliarden Euro. Insgesamt wächst der Schuldenberg der öffentlichen Hand unter Schwarz-Gelb also um 146 Milliarden Euro. ■

Kurzarbeit sichert Beschäftigung

SPD-Fraktion fordert 36 Monate Bezugsdauer, Schwarz-Gelb handelt halbherzig

Die Kurzarbeit hat in Deutschland einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert. Deshalb wird sie von der OECD mittlerweile als Modell für andere Staaten empfohlen. Die neue Regierung knüpft zwar an das Erfolgsmodell des ehemaligen SPD-Arbeitsministers Olaf Scholz an, zieht aber nicht die richtigen Konsequenzen.

Der Kabinettsbeschluss der schwarz-gelben Regierung sei „zwar sinnvoll, aber halbherzig“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hubertus Heil. „Wenn die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge Ende 2010 ausläuft, können sich viele Unternehmen Kurzarbeit nicht mehr leisten.“

Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf,

die maximale Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld nicht wie beschlossen auf 18 Monaten zu begrenzen, sondern auf 36 Monate auszudehnen. Zudem müsse die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge über den gleichen Zeitraum weitergeführt werden, damit das Kurzarbeitergeld für kleinere und mittlere Unternehmen nicht an Attraktivität verliere. Verlängert werden sollen auch die Regelungen zum erleichterten Zugang zu Kurzarbeitergeld und die Möglichkeiten für Zeitarbeitsfirmen.

Dabei geht es nicht allein um Beschäftigungssicherung. Das Kurzarbeitergeld ermöglicht die Weiterbeschäftigung und berufliche Weiterbildung von Arbeitnehmern bei Arbeitsausfall. Arbeitgeber können mit diesem Arbeitsmarktinstrument bei Auftragseinbrü-

chen an gut ausgebildeten Fachkräften festhalten.

Da die Wirtschaftskrise nicht überwunden ist und sich die Folgen erst mit einiger Verzögerung auf dem Arbeitsmarkt zeigen, fordert die SPD-Bundestagsfraktion, dass auch nach 2010 für

ein weiteres Jahr Kurzarbeitergeld bezogen werden kann. Gefragt sei „die Fortsetzung einer aktiven und vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, die gute Arbeit für die Menschen im Blick hat“, betont ihre arbeits- und sozialpolitische Sprecherin, Anette Kramme. ■

Nachgefragt



Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) erklärt,

was seine Gewerkschaft von der Politik erwartet, um Beschäftigung in der Krise zu sichern.

„Beschäftigungssicherung und Beschäftigungsförderung müssen ganz oben auf der politischen Tagesordnung stehen. Dank Olaf Scholz haben wir mit verbesserten Regeln bei der Kurzarbeit Kündigungen in großem Maßstab verhindern können. Das muss auch über 2010 hinaus möglich bleiben. Zugleich muss sichergestellt werden, dass die Unternehmen dieses arbeitsmarktpolitische Instrument auch wirklich nutzen. Deshalb tritt die IG BCE dafür ein,

dass länger von Kurzarbeit betroffene Unternehmen von den so genannten Remanenzkosten freigestellt werden, zum Beispiel Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder vermögenswirksame Leistungen. Die erforderlichen Mittel könnte ein neuer Fonds aufbringen, der durch die Banken finanziert wird und die Eigenkapitalbasis der Unternehmen stärken soll. Schließlich sind es die Banken, die zu einem Gutteil Verantwortung dafür tragen, dass die Krise in der Realwirtschaft zu Kurzarbeit führt. Darüber hinaus brauchen wir eine grundsätzliche Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft. Nur so lässt sich eine Wiederholung der durch ungezügelter Gier ausgelösten Finanzkrise ausschließen. Eine Rückkehr zu den gescheiterten marktradikalen Rezepten der Vergangenheit darf es nicht geben.“ ■



Ohne Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge ist Kurzarbeitergeld nicht attraktiv.

Pakt für ein gutes Studium

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert mehr Anstrengungen, um die Studienbedingungen an den deutschen Hochschulen zu verbessern. Mehr Studierende sollen BAföG erhalten. Die Studierenden-Proteste im vergangenen Jahr haben gezeigt: Die Umsetzung des Bologna-Prozesses läuft schlecht. Die Bedingungen an den Hochschulen sind nicht besser geworden, viele Studierende sind den Anforderungen in den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen nicht gewachsen. Ernst Dieter Rossmann, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, fordert deshalb einen „Pakt für Studienqualität und gute Lehre“. Bund und Länder sollen im Rahmen dieses Paktes in drei Jahren mindestens drei Milliarden Euro für mehr Personal, eine bessere soziale Infrastruktur und in einen Wettbewerb für gute Lehre investieren.

Unabhängig von ihrer sozialen Herkunft sollen alle Studierenden die glei-

chen Chancen haben, ein Studium erfolgreich abzuschließen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb, das BAföG deutlich anzuheben und den Kreis der geförderten Studierenden zu erweitern. „Wir wollen mindestens 100 000 zusätzliche BAföG-Geförderte“, sagt Rossmann. Das könne erreicht werden, wenn die Einkommensfreibeträge um mindestens zehn Prozent erhöht werden.

Mit der Bildungspolitik von Schwarz-Gelb geht Rossmann hart ins Gericht. Mit dem nationalen Stipendienprogramm für die „Begabtenelite“ oder auch dem Bildungssparen werde Bildung wieder stärker vom Geldbeutel der Eltern abhängig, kritisiert er. Die Bundesregierung betreibe damit eine Privatisierung von Bildung und verabschiede sich vom Prinzip, dass Bildung öffentliches Gut ist. ■

Mehr zu den Themen:

www.spdfraktion.de

Kommunen stärken

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Angesichts der dramatischen Finanzsituation vieler Städte und Gemeinden besteht Handlungsbedarf. Deshalb fordert sie einen Rettungsschirm für Kommunen.

Die Situation ist ernst. Anfang Februar veröffentlichte der Deutsche Städtetag Beispiele für Sparmaßnahmen in ausgewählten Städten. Demnach stehen wichtige Leistungen der Kommunen auf dem Spiel: Investitionen in Schulen oder Verkehrswege sowie der Ausbau der Betreuungsplätze werden gestrichen, Kindergartengebühren erhöht, Müll- und Abwasserentsorgung verteuert, Schwimmbäder und Theater geschlossen. Sozialdemokratische wie christdemokratische Oberbürgermeister warnen: Schwarz-Gelb treibt die Kommunen in den Ruin.

Während die Bundesregierung die Kommunen im Stich lasse, um „sinnlose Steuergeschenke zu verteilen“, fordert die SPD-Bundestagsfraktion ein

Antikrisenpaket für die kommenden zwei Jahre. Sie schlägt vor, das Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers zurückzunehmen und die den Kommunen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr auszugleichen. Zudem soll der Bund zur kurzfristigen Stabilisierung befristet auf zwei Jahre seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft für ALG-II-Berechtigte um drei Prozentpunkte anheben. Um die Finanzlage der Kommunen zu stärken, wird der Stopp aller von Schwarz-Gelb beabsichtigten weiteren Vorhaben für Steuersenkungen gefordert. Frank-Walter Steinmeier, Fraktionsvorsitzender der SPD, kritisiert zudem die Pläne der Bundesregierung, die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer zu verändern. Unterstützt wird er von Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages: „Die Gewerbesteuer ist und bleibt die wichtigste städtische Steuer.“ ■

Exportschlager Klimaschutz

SPD kämpft weiter für Erneuerbare Energien



Mit ihren Kürzungen setzt die Bundesregierung mehr als 100 000 Jobs aufs Spiel.

Es wurde ein Exportschlager und machte Deutschland zum Vorreiter in der Klimapolitik: Am 1. April 2000 trat das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft. Knapp 50 Länder haben seitdem das Gesetz zum Vorbild ihrer Energiepolitik genommen. Zehn Jahre später arbeitet die schwarz-gelbe Regierung mit aller Kraft daran, das energiepolitische Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Ihr neuester Vorstoß: Die Koalition kürzt die Förderung für Solaranlagen auf Dächern ab dem 1. Juli um 16 Prozent, auf Freiflächen um 15 Prozent. Die Förderung von Anlagen auf Ackerflächen fällt ganz weg. Bereits zu Jahresbeginn hatte die Bundesregierung die Un-

terstützung für Erneuerbare Energien um neun Prozent gekürzt.

Damit habe die Koalition ihr angestrebtes energiepolitisches Konzept völlig entwertet, sagt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Kleber. Er sprach von einem „Schlag ins Gesicht“ all jener, die auf die energie- und klimapolitische Vernunft von Bundesumweltminister Norbert Röttgen vertraut hatten. Alleine 2010 und 2011 werde diese Politik wenigstens weitere 100 000 Jobs in Deutschland kosten. Mit dem Stopp der Förderung dezentraler Mini-Kraft-Wärme-Kopplung hat die Koalition einen weiteren ideologischen Pfeiler schwarz-gelber Energiepolitik umgesetzt.

Auch auf anderen energiepolitischen Feldern zeigt die Koalition nach und nach ihr wahres Gesicht. Zuerst hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel für längere Laufzeiten für Uralt-Reaktoren ausgesprochen und damit ihre bisherige Haltung zugunsten der Atomlobby aufgegeben. Dabei hatte sie nach dem Energiegipfel 2006 ihre Unterschrift unter zwei Szenarien gesetzt, die zeigten, dass die Erneuerbaren Energien durch den Atomausstieg wesentlich schneller anwachsen als beim Festhalten an der Technologie.

Getoppt wird dieser Sinneswandel durch Umweltminister Röttgen, der einen Lobbyisten der Atomindustrie als Aufseher über die Sicherheit von Atomkraftwerken eingesetzt hat. In seiner Regierungserklärung hatte Röttgen noch vom Prinzip der Nachhaltigkeit gesprochen, gleichzeitig aber die Einnahmeseite im Haushalt so geschwächt, dass Investitionen in Programme, die eine nachhaltige Umweltpolitik ermöglichen würden, in naher Zukunft kaum noch denkbar sind. „Angesichts der gescheiterten Klimaverhandlungen in Kopenhagen sind die vorgesehenen Kürzungen ein Schritt in die falsche Richtung“, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Matthias Miersch. „Der Kahlschlag bei der Vergütung von Solarstrom ist nicht nur wirtschaftspolitisch falsch, er zeigt außerdem, dass die Regierung in Sachen Klimaschutz und Energieerzeugung auch nach Kopenhagen weiter auf dem Weg in die Steinzeit ist.“

Damit gibt die Koalition die bisherige Vorreiterrolle Deutschlands in der nachhaltigen Umweltpolitik, Energieerzeugung und im Klimaschutz auf. Die SPD-Bundestagsfraktion wird weiter dafür streiten, dass Deutschland vor den geplanten UN-Konferenzen in Bonn und Mexiko-Stadt seine Vorreiterrolle wieder einnimmt. ■

Klimaschutz per Gesetz

Ziel der Novelle von 2008 des vor zehn Jahren in Kraft getretenen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist es, den Anteil der Erneuerbaren Energien im Strombereich von derzeit ca. 16 Prozent auf mindestens 30 Prozent im Jahre 2020 zu erhöhen.

- Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz fördert die Einsparung fossiler Brennstoffe. Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Wärmebereitstellung soll bis zum Jahr 2020 auf 14 Prozent steigen.
- Durch das veränderte Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) soll sich der Anteil der KWK-Stromerzeugung bis 2020 auf etwa 25 Prozent verdoppeln.

Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene

Mit dem Vertrag von Lissabon, der im Dezember 2009 in Kraft getreten ist, gibt es nun die „Europäische Bürgerinitiative“, eine Art Bürgerbegehren in den 27 Mitgliedstaaten. Erforderlich sind dafür mindestens eine Million Unterschriften, die in mehreren Ländern der EU gesammelt werden müssen. Ein Verordnungsentwurf soll noch im Frühjahr vorgelegt werden.

„Die Europäische Bürgerinitiative eröffnet die Chance, dass sich Bürgerinnen und Bürger konkret an der Gestaltung europäischer Politik beteiligen können“, sagt der stellvertretende europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Michael Roth.



Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine verständliche und unbürokratische Umsetzung, damit möglichst viele Menschen davon profitieren. Die Mindestzahl der Mitgliedstaaten, aus denen die Bürgerinnen und Bürger kommen müssen, sollte auf ein Viertel der Staaten begrenzt werden. Um mögliche Abhängigkeiten offenzulegen, will die SPD, dass die Organisatoren von Bürgerinitiativen verpflichtet werden, ihre Geldgeber preiszugeben. ■

Die Lasten der Krise gerecht verteilen

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine Finanztransaktionssteuer – international wie national.

2008 überschlugen sich die schlechten Nachrichten aus der Welt der Banken und Börsen. Die reale Weltwirtschaft stürzte in eine Rezession, die es in diesem Ausmaß seit vielen Jahrzehnten nicht gegeben hat. Nach dem Infarkt der Geld- und Kapitalmärkte erholt sich die Finanzwelt nun langsam.

Auch Deutschland steckt noch in der Krise, selbst wenn hierzulande durch die von den Sozialdemokraten initiierte Arbeitsmarktpolitik der Großen Koalition die schlimmsten Befürchtungen nicht eingetreten sind. Diese konsequente Politik hat ihren

Preis. „Für uns ist es selbstverständlich, dass die Kreditwirtschaft, die für die Krise letztlich verantwortlich ist, auch einen nennenswerten Teil der Lasten tragen muss. Genau diesem Zweck dient unser Vorschlag einer Finanztransaktionssteuer“, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß.

Zudem fordert die SPD, umgehend für eine wirksame Begrenzung der Banker-Boni zu sorgen. Ende Januar debattierte der Bundestag über zwei SPD-Anträge, die verschiedene Maßnahmen gegen Finanzmarktspekulation, Boni-Exzesse und eine Beteiligung der Banken an den Kosten der Krise vorsehen.

Doch die Bundesregierung zeigt sich handlungsunfähig. Hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel beim G20-Gipfel in Pittsburgh noch den Vorschlägen des damaligen Finanzministers Peer Steinbrück Rückendeckung gegeben und klare Finanzmarktregeln gefordert, wartet sie nun ab, statt sich für eine Besteuerung von Finanztransaktionen einzusetzen. Die SPD-Fraktion fordert deshalb: „Bis zu einer Regelung auf Ebene der G20-Staaten gilt es nun, auf nationaler Ebene zu handeln und eine Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild einzuführen.“ In Großbritannien wird bereits seit 1694 eine „Stempelsteuer“ auf Wertpapiergeschäften an der Börse erhoben. ■

Vorgestellt



Nicolette Kressl

Seit November 2009 gestaltet Nicolette Kressl (51) als neue finanzpolitische Sprecherin die Finanz- und Steuerpolitik der SPD-Bundestagsfraktion. Kressl gilt als ausgewiesene Expertin in der Finanzpolitik. Sie verfügt über langjährige Erfahrungen: Seit 1994 ist Kressl Bundestagsabgeordnete, von 2002 bis 2007 war sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende und von 2007 bis 2009 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium. Diese Erfahrungen setzt sie ein, um schwarz-gelbe Klientelpolitik abzuwehren und für eine Steuer- und Finanzpolitik zu streiten, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen ausrichtet.



Dagmar Ziegler

„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind Werte, die ewig sind“ – unter diesem Motto setzt sich Dagmar Ziegler (49), die neue stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für Familie, Senioren, Frauen, Jugend, Bildung und den Aufbau Ost, ein. Mit Erfahrungen aus 20 Jahren politischer Arbeit, etwa als brandenburgische Ministerin für Arbeit und Soziales sowie als Ministerin für Finanzen, weiß sie, was zählt: eine nachhaltige und soziale Gestaltung der Zukunft – vor allem auch in ihrer Heimatregion im Nordwesten Brandenburgs. Dort schätzen die Menschen Zieglers Engagement. Bei den Kommunalwahlen 2008 wurde sie in den Kreistag Prignitz gewählt.

Gute Arbeit auch für Frauen

Gleichstellung in der Arbeitswelt nur mit gesetzlichen Regelungen

// Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit bleibt die wichtigste Forderung der SPD-Bundestagsfraktion in Sachen Gleichstellungspolitik. Am 8. März 2010 wie vor 100 Jahren. //

Auch fast 100 Jahre nach dem ersten Internationalen Frauentag verdienen Frauen rund ein Viertel weniger als Männer und sind in Führungspositionen kaum vertreten. Dabei erwirtschaften Frauen heute einen Großteil des Familieneinkommens. „Der männliche Familienernährer ist nicht mehr die Regel“, fasst Christina Klenner eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung zusammen. Mittlerweile sei in 34 Prozent der Haushalte, in denen eine Frau lebt, diese die Haupt-, in 18 Prozent sogar die Alleinverdienerin. „Auch 60 Jahre nach der Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz müssen wir uns für eine gerechte Teilhabe von Frauen einsetzen“, betont die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Caren Marks.

Gegen die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsplatz fordert die SPD-Bundestagsfraktion klare gesetzliche Vorgaben. Die sind notwendig, weil „nach über acht Jahren freiwilliger Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der privaten Wirtschaft keine erkennbaren Verbesserungen erzielt wurden“, so Marks. Zudem fordert sie einen verbindlichen Diskriminierungs-Check für Tarifverträge und einen gesetzlichen Mindestlohn, von dem besonders Frauen im Niedriglohnbereich profitieren würden.

Zugleich kämpfen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine Frauenquote in Aufsichtsräten. Hierzulande sind gerade mal acht Prozent der Aufsichtsräte in den 200 größten Unternehmen weiblich. Anders sieht das etwa in Norwegen aus, wo es bereits eine solche Quote gibt: Mindestens 40 Prozent der Aufsichtsratsposten müssen dort Frauen einnehmen. „Die Männerdominanz in Aufsichtsräten ist ein Grund für die schlechteren Karten von Frauen in Unternehmen“, betont SPD-MdB Christel Humme, stellvertretende Vorsitzende des Bun-



Mehr Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft will die SPD-Bundestagsfraktion unter anderem durch eine Frauenquote in den Aufsichtsräten erreichen.

destagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Um die Arbeit künftig noch besser zu vernetzen, hat die Bundestagsfraktion eine Querschnittsarbeitsgruppe Gleichstellung ins Leben gerufen. „Wir möchten den roten Faden des Dresdner Parteitages weiterführen und den beschlossenen 'Aktionsplan Gleichstellung' für tatsächliche Chancengleichheit von Frauen und Männern entwickeln“, so Humme. Echte Gleichstellung setze voraus, dass die Lücke zwischen den Löhnen von Frauen und Männern geschlossen werde. „Frauen brauchen die gleiche Teilhabe an existenzsichernder Beschäftigung, an fairer Bezahlung und an beruflichen Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten“, fordert Humme. Das zentrale Ziel heißt: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Wie vor 100 Jahren. ■

Internationaler Frauentag

Am 27. August 1910 beschloss die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen die Einführung eines Internationalen Frauentages. Die Initiatorin, die damalige Sozialdemokratin und spätere SPD-Reichstagsabgeordnete Clara Zetkin, rief die Frauen auf, sich gegen mehrfache Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr zu setzen. Ein Jahr danach wurde der Tag erstmals begangen und ist seitdem fester Bestandteil des Kampfes für Gleichberechtigung.

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Herstellung: Network Media GmbH
Redaktion: Anja Linnekugel, Ralf Bergmann
Texte: Anne Graef, Sebastian Henneke, Timm Steinborn
Druck: Frankenpost Verlag GmbH
 Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.
Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:
 – per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin
 – per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de
 – per Fax: 030/22756800